



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2024/1

Martin Sabrow (Hrsg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918-1923.

Göttingen: Wallstein 2023, 367 S., 89 Abb., ISBN 978-3-8353-5493-7

Ein Sammelwerk, das sich mit Gewalterfahrungen in einem und gegen ein liberal-demokratisches System beschäftigt, ist natürlich brandaktuell, nicht nur in Bezug auf die Bundesrepublik, sondern auf viele Staaten der westlichen Welt. Der Herausgeber spricht auch die „Kontinuitätslinien der politischen Gewaltkultur im Deutschland des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts“ im Vorwort an (S. 7), aber im Band spielen sie, das sei vorausgeschickt, allenfalls im Beitrag von Andreas Wirsching („Die Last der Weimarer Gewaltgeschichte“) eine gewisse Rolle. Fast alle Beiträgerinnen und Beiträger beschränken sich auf die Zeit der frühen Republik von Weimar, deren „Gewaltprobleme“ aus sehr verschiedenen Blickwinkeln dargestellt und bewertet wird.

Zugrunde liegt ein gemeinsames Ausstellungsprojekt der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, realisiert vom Verein Weimarer Republik und einem Ableger der Walther-Rathenau-Stiftung. Der Hintergrund erklärt die reichliche Beigabe allerdings häufig sehr kleinformatiger Abbildungen. Die insgesamt 19 Beiträge sind, abgesehen von der Einleitung des Herausgebers, in drei Abschnitte gegliedert: „Phasen und Räume der Gewalt“ mit neun Aufsätzen, „Sprachen und Kulturen der Gewalt“ (sieben) und „Folgen der Gewalt“ (zwei). Alle Texte haben fachwissenschaftlichen Charakter, z.T. sind sie Extrakte jüngerer größerer Publikation der jeweiligen Autorinnen und Autoren, verzichten aber fast durchweg auf einen umfangreichen Anmerkungsapparat. Dies sowie die jeweilige Länge von etwa 15 Druckseiten und eine „eingängige“ Darstellungsform lassen den Band für einen Leserkreis jenseits der engeren Fachwelt, der ohnehin vieles vertraut vorkommen dürfte, gut geeignet erscheinen, eben als die Ausstellung ergänzender Essayband.

Gerade für größere Leserkreise empfiehlt es sich, nach der Einführung von Martin Sabrow („Die Republik der Gewalt“) sogleich den vorletzten Beitrag von Andreas Braune („Die prekäre Sicherung und Demokratisierung des staatlichen Gewaltmonopols“) folgen zu lassen, der aus politikwissenschaftlicher Sicht die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols beim Übergang von der obrigkeitsstaatlichen Monarchie zum demokratischen System klug reflektiert. Denn so gewappnet, versteht man besser, was der Herausgeber in seiner Vorbemerkung mit „fortbestehenden Kontroversen und Auffassungsdifferenzen“ meint, die im Band nicht aufgelöst werden sollen (S. 7): Sabrow selbst spricht in seinem Überblick über die verschiedenen Ausformungen von Gewalt in Jahren bis 1923 von einem „förmlichen Kataklysmus von Gewalt“ (S. 24), der vor allem von den Freikorps vorangetrieben (S. 14 f.)



und der auch ab 1922 nicht richtig unterbunden wurde (ders.: „Politische Attentate als gegenrevolutionäre Strategie. Die Organisation Consul und ihr Putschplan“, S. 198). Braune dagegen stellt die infolge der chaotischen Demobilisierung nach Kriegsende schwierige, aber dennoch bis 1923 erfolgreiche Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols heraus und unterstreicht, dass die Weimarer Republik anfänglich öfters „am Rande des Bürgerkriegs“ gestanden habe, aber ein „offener Bürgerkrieg mit der Spaltung oder der Erosion der Staatlichkeit“ ausgeblieben sei (S. 348).

Zwischen diesen Polen der unterschiedlichen Beurteilung des Gewaltpotentials bewegen sich viele der Beiträge. Dabei überwiegt vor allem im ersten Abschnitt, der u.a. den bekannten Gewaltausbrüchen am Beginn der Republik in Berlin und München (Benjamin Ziemann), dem Kapp-Lüttwitz-Putsch (Christian Fahludi) und wie schon erwähnt den Attentaten der Organisation Consul sowie schließlich dem Hitler-Putsch von 1923 (Wolfgang Niess) gewidmet ist, der Eindruck exzessiver Gewalt. Allerdings scheint der Hinweis von Benjamin Ziemann („Gewalt in der deutschen Revolution 1918-19“, S. 60 f.) sehr berechtigt, dass die Entwicklungen in Berlin und München im Winter/Frühjahr 1919 nicht typisch waren für den großen Rest der Republik. Immerhin wurden in dieser Zeit weitgehend ungestört Wahlen auf verschiedenen Ebenen abgehalten. Auch macht er darauf aufmerksam, dass es sich bei den „Weihnachtskämpfen“ und die „Januaraufstände“ in Berlin zunächst einmal um legitime Gewaltanwendung gegen Aufständische handelte, die dann aber durch die Intervention der Freikorps unnötigerweise aus dem Ruder liefen (ebd. S. 48-52).

Damit wird ein Problem sichtbar, das sich durch den gesamten Band zieht und mit dem gewählten Obertitel zu tun hat: Während bei den Putschversuchen von 1920 und 1923 sowie bei der Organisation Consul die Stoßrichtung gegen die republikanische Ordnung ebenso eindeutig ist wie bei der gewaltsamen Politik der KPD (Mike Schmeltzer) oder den „linksradikalen Sozialrebell“ Max Hoelzl und Karl Plättner (Tilman Siebeneicher), trifft dies nicht nur auf die Abwehr der Revolutionsfortführung von links zur Jahreswende 1918/19, sondern auch auf die Freikorps-Aktionen in Oberschlesien (Sebastian Elsbach) und die „Baltikums-Kämpfer“ (Marc Bartuschka/Sebastian Elsbach) nicht so ohne weiteres zu. Auch der Fall Hans Paasche, dessen Vater Hermann nationalliberaler Abgeordneter und zeitweise Reichstagsvizepräsident war,¹ ist nicht so klar. Denn, wie Carola Dietze mit erkennbarer Sympathie darlegt, wandelte sich der Marineoffizier zunächst zum Lebensreformer und dann im Weltkrieg zum Pazifisten, übrigens nicht zuletzt dank der von seinem Vater zur Verfügung gestellten Reichstag-Protokolle (S. 167). Seit 1918 war Paasche Junior ein Verfechter des Räte-Systems und Gegner des Parlamentarismus, aber sicherlich keine Gefahr für die republikanische Ordnung. Als kommunistischer Kämpfer denunziert, kam er bei einer Razzia von Polizei und Soldaten (!) im Mai 1920 nahe der Grenze zu Polen ums Leben, Untersuchungen dazu verliefen im Sande.

Eindeutiger ist die Sachlage in einem zweiten biographischen Zugriff von Alexander Gallus, der dem zweiten soziokulturellen Abschnitt zugeordnet ist: Der ehemalige Staatssekretär Karl Helfferich entfachte als deutschnationaler Abgeordneter Schmutzkampagnen gegen führende demokratische Politiker. allen voran gegen Matthias Erzberger. Er war zwar nicht direkt an dessen Ermordung und der von Walther Rathenau beteiligt, trug aber erheblich dazu bei, ein entsprechendes anti-republikanisches Klima zu schaffen, weshalb sich die Rede von Reichskanzler Wirth nach dem Tod seines Außenministers mit den berühmten Worten direkt gegen Helfferich wandte. Letzterer unterstützte dann aber konstruktiv die Versuche zur Stabilisierung der deutschen Währung ein gutes Jahr später. Ob damit insgesamt eine Kehrtwende verbunden war, muss wegen Helfferichs baldigen Todes offenbleiben.

¹ Also nicht „deutschnational“, wie Martin Sabrow (S. 12) meint.

Stärker noch als im ersten variieren in diesem zweiten Abschnitt die Einschätzungen: Silke Fehlmann, die „Hetze und Beleidigung in der politischen Kultur der Weimarer Republik“ vor allem in den Schmähungen gegen Spitzenpolitiker untersucht, die sich hasserfüllt auch gegen deren Körperlichkeit richteten und oft auch eine zerrüttete Gesundheit beispielsweise bei Ebert, Scheidemann und Stresemann zur Folge hatten, attestiert schon eine außerordentliche Gewalt-Qualität am Beginn der 20er-Jahre, die allerdings durch die NS-Presse an deren Ende nochmals gesteigert wurde. Stärker noch betont Sandra Maß in einem aus Geschlechtergeschichte ideologie-kritischen Beitrag über „Rassismus und Geschlecht in der ‚Schwarzen-Schmach‘-Kampagne“, dass die von vielen, auch Frauenrechtlerinnen bis hinein ins Lager der SPD unterstützten Propaganda gegen den Einsatz von „Kolonialtruppen“ bei der Besetzung von Rhein und Ruhr „von teils verstörender Brutalität“ gewesen sei (S. 312), was mit der verbreiteten Stimmung vom „Untergang des Abendlandes“ resp. der „weißen Rasse“ zu erklären sei. Aber auch hier richtete sich die „Gewalt-Propaganda“ allenfalls indirekt gegen die Weimarer Republik, weil solche Argumentationsmuster sich innenpolitisch später instrumentalisieren ließen. Sie ist doch nicht ganz unverständlich, wie Mark Jones darlegt in seinem Beitrag über „Die Gewalt der Sieger“, mit der der Weltkrieg quasi noch fast fünf Jahre auf deutschem Territorium fortgeführt wurde. Jones weist auch auf die Überwindung dieser Phase und die anschließende Stabilisierung hin.

Interessanterweise kommen Nadine Rossol („Soziale Militarisierung und kultureller Bellizismus“) und der Ernst-Jünger-Experte Helmuth Kiesel („Kriegsgewalt in der Literatur der Weimarer Republik“) aus unterschiedlicher Perspektive zu dem gleichen Schluss, dass nämlich der häufig beschworene anti-republikanische Militarismus im Alltag der Weimarer Republik nicht übermäßig verbreitet war: Die Mehrheit der zahlreichen Kriegervereine und Bürgerwehren diente zu einem guten Teil der Geselligkeit, ihre Bildung und Wehrhaftmachung war in den Anfangsjahren auch durchaus von der republikanischen Führung gewollt, um die Nachteile der erzwungenen Abrüstung insgeheim auszugleichen. Und Kiesel sieht einerseits schon statistisch kein Überwiegen der kriegsverherrlichenden Literatur wie den Werken seines „Heroen“ Jünger. Er bezweifelt andererseits auch, dass diese entsprechend ihrer Intention gewirkt habe, zumal die expliziteren Szenen über Tod und Sterben sich eher bei pazifistischen Autoren fänden, wobei man selbst Erich Maria Remarques „Im Westen nichts neues“ eine gewisse Heroisierung des Krieges entnehmen könne (S. 327 f.).²

Schließlich weist zu Beginn des zweiten Abschnitts Martin Platt („Am Anfang war keine Gewalt. Militär und Revolution im November 1918“) auf die häufig übersehene Tatsache hin, dass der Übergang von der Monarchie zur Republik weitgehend unblutig vor sich ging. Erst als USPD- und KPD-nahe Kräfte gegen die sich abzeichnende Demokratisierung bürgerlichen Zuschnitts aufbegehren, griff die den Mehrheitswillen repräsentierenden Regierungen der SPD, dann der Weimarer Koalition auf Reste des kaiserlichen Heeres zurück, um den liberal-demokratischen Übergang abzusichern. Platt geht davon aus, dass eine Mehrheit der Weltkriegs-Offiziere zunächst die Republik nicht ablehnte, was sich dann allerdings mit dem Versailler Vertrag änderte. Die vor allem Ebert unterstützenden Militärs wie Wilhelm Groener gerieten dann auch unter Druck ihrer sich von der Republik abwendenden „Kameraden“. Damit ist nochmals angesprochen, dass der Gewalt-Druck auf die erste deutsche Demokratie keineswegs nur vom Inneren und von rechts ausging. Vielmehr steigerte die außenpolitische Situation in doppelter Form das Gewaltpotential, einmal durch die bis 1924 kaum entgegenkommende Haltung der westlichen Siegermächte. Andererseits ist auch die gewaltbereite Politik der KPD ohne die aus Moskau gewährte Rückendeckung (vgl. Schmeltzer, S. 130 u. 136 ff.) kaum verständlich.

Parallelen für Letzteres in der Gegenwart werden von vielen gesehen, wobei die Bundesrepublik noch weit entfernt ist von „Weimarer Verhältnissen“, wie man allein an den Opferzahlen (vgl. Ziemann, S.

² Kiesel bezieht sich dabei auf eine Rezension von Hans Natonek, dem Vater des später inhaftierten LDP-Studentenpolitikers Wolfgang Natonek.

44, u. Faludi, S. 63) ersehen kann. Auch haben wir keine Millionen an demobilisierten Soldaten ohne Zukunftsperspektiven. Aber die Verweigerung von Dialog mit politisch Andersdenkenden, die Versuche, eigene Interessen ohne Rücksicht auf gesamtgesellschaftliche Konsequenzen, z.T. auf ungesetzlich Weise durchzusetzen, haben in den letzten Jahren zweifellos zugenommen. Egal wie man letztlich die „gewalthafte Polarisierung und Verrohung der politischen Kultur und des gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Konstituierungsphase der Weimarer Republik“ – Vorbemerkung des Herausgebers (S. 7) – im Einzelnen bewertet: Beginnende Entwicklungen dieser Art sollten schon sehr ernstgenommen und unterbunden werden, unabhängig vom jeweiligen Begründungszusammenhang mit vermeintlich „edlen“ Motiven; schon im Hitler-Prozess ist ein darauf gestütztes Urteil in fataler Weise schief gegangen. Rechtsstaatliche Spielregeln müssen für alle am öffentlichen Meinungs- und politischen Willensbildungsprozess Beteiligten gelten, ähnlich ist auch das Plädoyer von Andreas Wirsching am Schluss, der allerdings nur den „neuen Rechtsradikalismus“ direkt anspricht (S. 360 f.). Gerade Weimar steht doch dafür, wie sehr sich rechte und linke Extremisten gegenseitig aufschaukeln können. Insgesamt zeigt der Band sehr anschaulich die Gewaltrisiken in politisch instabilen Zeiten, die auch hierzulande nicht mehr dauerhaft ausgeschlossen werden können, und eignet sich deshalb auch gut für die Erwachsenenbildung und einen anspruchsvollen Geschichtsunterricht.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

 **recensio.net**